

„Bürokratie bremst raschen Umbau“

Politik Klimaunion will sich vor Ort etablieren und insbesondere innerhalb der Christdemokraten das Thema Klimawandel stärker verankern. „Das Planungsrecht muss sich ändern“, sagt Bürgermeister Detlev Bühler.

Die Klimaunion wolle keine Schreckensszenarien entwerfen, sondern die Chancen des Wandels herausstellen, sagte Alexander Herr, stellvertretender Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Villingen-Schwenningen und aktiv in der Klimaunion. Die Strukturen im Kreis dazu seien am Wachsen. „Wir wollen das Thema in wissenschaftlichen Kontext positionieren“, unterstützte Andreas Jung, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Konstanz, einer von fünf stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden und Klimaexperte der Partei, bei einem Pressegespräch. Es sei in seiner Partei nicht ungewöhnlich, dass sich zu bestimmten Themen Netzwerke bildeten. Nichts anderes sei die Klimaunion. „Klimaschutz ist auch unser Ding – wie Sicherheit und Finanzen.“

„Klimaschutz ist auch unser Ding – wie Sicherheit und Finanzen.“

Andreas Jung
Bundestagsabgeordneter

In der Rolle als Opposition im Bundestag treibe die CDU die Bundesregierung mit Anträgen zum schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien an. „Wenn Photovoltaikanlagen steuerfrei wären, würde das einen Boom auslösen“, ist sich Jung sicher. In seiner Partei gebe es einen großen Konsens, dass Klimawandel menschengemacht sei. Die Frage sei aus Sicht der CDU, wie man diese Erkenntnis zusammenbringe mit Wohlstand und, mit



Auch in Villingen-Schwenningen sollen mehr Photovoltaikanlagen aufs Dach und auf Freiflächen. Der Verkauf von Solarstrom ist noch stark reglementiert.

Foto: Schau.Media/pixelio.de

Blick auf die hiesige Region, mit Mobilität im ländlichen Raum. Darüber hinaus sei wichtig, dass die Kommunalpolitik handlungsfähig bleibe, beispielsweise beim Umbau der Wärme- und Energieversorgung.

„Kein Nachholbedarf“

„Wir haben im Grunde keinen Nachholbedarf, sondern müssen die bestehenden Grundsätze der Partei mit Leben füllen“, meinte Thorsten Frei, hiesiger Bundestagsabgeordneter und Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion. Damit die Kommune schlagkräftiger wird bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, seien Änderungen des Planungsrechtes und anderer Reglementierungen beispielsweise für den Verkauf von Strom aus Photovoltaikanlagen nötig, unterstrich Bürgermeister Detlev Bühler (CDU). So liege derzeit das Privileg, Strom zu ver-



Informierten über die Klimaunion: die Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei (links) und Andreas Jung (rechts) mit Alexander Herr vom CDU-Stadtverband.

Foto: Cornelia Hellweg

kaufen, ausschließlich bei den Stadtwerken. Wenn ein Nachbar einem anderen Solarstrom vom eigenen Dach weiterleiten wolle, sei das verboten. Im Planungsrecht benötige die Stadt Regelungen, die es ermöglichen, ein Nahwärmenetz mit Anschluss- und Benutzungszwang zu realisieren. Ebenso müsse für die

Nutzung von Wasserstoff das Planungsrecht angepasst werden. Darüber hinaus seien erhebliche Investitionen nötig. Dafür sind aus Sicht von Bühler eine gerechte Lastenverteilung und Zuschüsse nötig. Eine schlankere Bürokratie seitens Bund und Land ist nach Einschätzung von Oberbürgermeister Roth (CDU)

vonnöten, „damit wir Projekte einfach mal machen können“. Die Stadt VS müsse 89 Millionen Euro investieren in den Umbau des Wärmenetzes. Eine große Herausforderung, die über Jahre umgesetzt werde.

Hohe Investitionen nötig

Ein Moratorium bei der Bezahlung von Strom- und Gasrechnungen angesichts steil steigender Energiepreise sei das eine, die Liquidität von Stadtwerken zu erhalten das andere. „Jetzt werden die Großen wie Uniper gestützt, die Kleinen wie die Stadtwerke, die in der Summe so wichtig sind wie die Großen, aber nicht“, sagte Andreas Jung. OB Roth sieht es in der derzeitigen Lage außerdem kritisch, dass das Wohngeld für Hartz-IV-Empfänger nicht dynamisch angepasst wird sondern sie einen festen Sockel erhalten, der zur Refinanzierung steigender Preise nicht ausreiche.

coh